

# Mit dem Glauben gegen "Kriegshysterie"

Der Ostermarsch stand im Zeichen der aktuellen Kriege – USA sind "kein verlässlicher Partner"



"BILDUNG STATT BOMBEN": Die Teilnehmenden am Ostermarsch 2026 kritisierten die Aufrüstung und machten sich für den Vorrang der Diplomatie stark. Foto: Alexander Biernoth

Ansbach – Unter dem Motto "Bildung statt Bomben" fand am Nachmittag des Karsamstags auch in Ansbach ein Ostermarsch statt.

Unter anderem die Bürgerinitiative "Etz langt's" hatte zu der Kundgebung auf dem Martin-Luther-Platz und dem Demonstrationszug über den Johann-Sebastian-Bach-Platz, den Schlossplatz, die Bischof-Meiser- und die Karolinenstraße über die Karlstraße und die Promenade zurück zum Martin-Luther-Platz aufgerufen.

Für Frieden und gegen US-Präsident Donald Trumps Kriegsvorbereitungen von Mittelfranken aus, so Boris-André Meyer, einer der Initiatoren, sprachen sich Redner der evangelischen Kirche und der Gewerkschaften aus. Meyer wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass die Bürgerinitiative seit 2007 die Ansbacher Ostermärsche organisiere.

In den vergangenen fast 20 Jahren sei sie dafür angefeindet worden, weil sie immer wieder die USA kritisierte. Nun zeige sich, dass die USA kein verlässlicher Partner seien, so Meyer. "Sie verfolgen Interessen, die nicht die unsrigen sind", sagte der Vertreter der Bürgerinitiative.

Den aktuellen Krieg der USA und Israels gegen den Iran bezeichnete er als völkerrechtswidrig, und "das wahllose Töten von Menschen für Rohstoffe, Lebensraum oder Einflussphären im Auftrag der Kriegsverbrecher Trump, Putin und Netanjahu" zeige, dass eine Ära zu Ende gehe.

Es sei Zeit für eine echte europäische Emanzipation, befand Meyer: "Die US-Truppen haben ihr Gastrecht verwirkt." Auch auf den Militärbasen der USA in Illesheim und Katterbach werde der Angriffskrieg vorbereitet, empörte sich der Redner. Deutschland brauche mehr Rückgrat und "die US-Militärbasen in unserem Land gehören endlich geschlossen". Meyer kritisierte die Ansbacher Stadtspitze, weil "das Schweigen zum Völkermord in Gaza oder zum Angriffskrieg gegen Iran und Libanon inkonsequent und moralisch zumindest fahrlässig ist".

"Gewerkschaften zu zahm und zu systemtreu"

Matthias Schneider vom Arbeitskreis Friedenspolitik der IG Metall Westmittelfranken sprach sich für Friedensfähigkeit und gegen Kriegstüchtigkeit aus. Die Gewerkschaften in Deutschland, so seine Kritik, seien zu zahm und systemtreu. Von der Basis aus wollen er und seine Mitstreiter die Themen Frieden, Diplomatie und den Kampf gegen Aufrüstung weiter im Gespräch halten.

In der Region sei mit der Firma Diehl einer der größten Rüstungskonzerne Deutschlands vertreten. Dieser profitiere vom "Aufrüstungswahn, während woanders gespart werden muss". Schneider kritisierte die Bundesregierung. Sie müsse nach seiner Meinung die Nutzung von US-Kasernen für den Krieg gegen den Iran verbieten. Die spanische Regierung sei hier ein Vorbild.

Der evangelische Pfarrer Hans Löhr erinnerte an die zivilen Opfer in Russland, in Israel, im Iran und anderen an den kriegerischen Konflikten beteiligten Staaten. Die evangelische Kirche sollte sich des pazifistischen Geistes des Neuen Testaments erinnern. Selig seien die, die Frieden stifteten, so Löhr.

Er stelle seiner Kirche deshalb die Frage, warum die Aufrüstung unterstützt und nicht kritisiert werde. Die deutsche Gesellschaft sei kriegshysterisch geworden, so Löhr. Mit der Troitzkraft des Glaubens solle dagegen gearbeitet werden.

Wird Ansbach zur Zielscheibe?

Am Ende des Ostermarsches warb Klaus Riedel für die Bürgerbewegung Etz langt's als Teil der Ansbacher Friedensbewegung. Mit der Hochrüstung werde Ansbach zu einer Zielscheibe. Es gebe keinen Sicherheitsgewinn, wenn die US-Armee in Deutschland neue Mittelstreckenwaffen stationiere. Er erinnerte an die 1980er-Jahre, als schon einmal Mittelstreckenraketen das strategische Gleichgewicht störten. Wegen der starken europaweiten Friedensbewegung sei 1987 "die komplette Vernichtung aller Mittelstreckenraketen beschlossen" worden. Frieden könne nur durch die Bereitschaft zum Ausgleich erreicht werden.

Musikalisch umrahmt wurde die Kundgebung auf dem Martin-Luther-Platz von Günther Brendle-Behnisch und Carsten Frommke. Polizeihauptkommissar Michael Maul berichtete von 170 Teilnehmenden, Boris-André Meyer sprach von über 200. ALEXANDER BIERNOTH

---